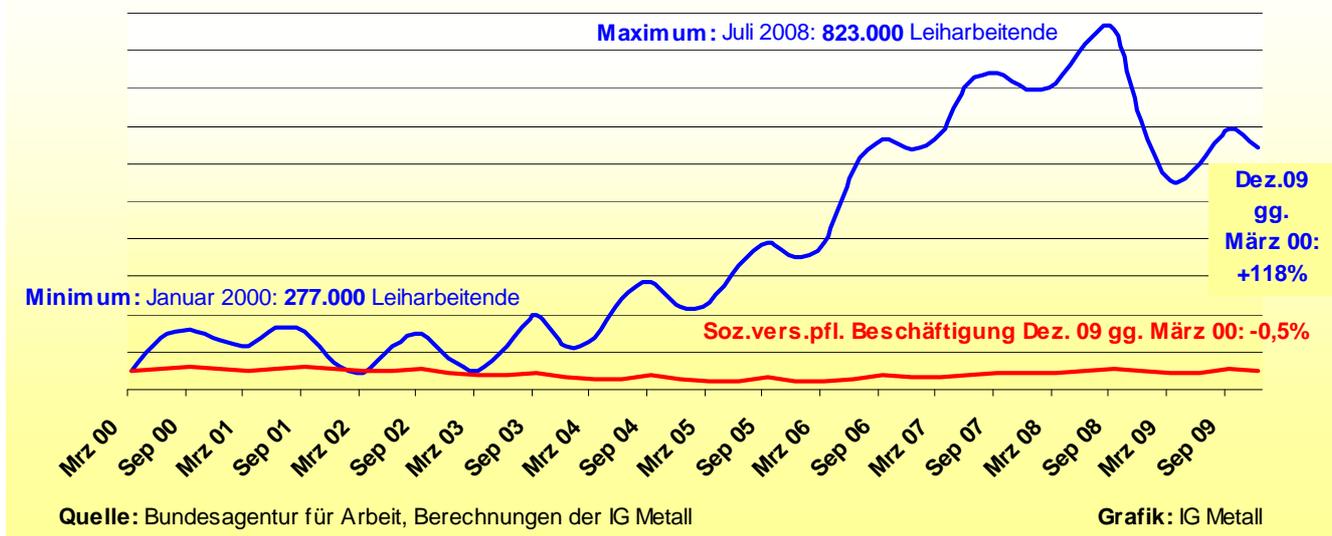


Leiharbeit legt wieder drastisch zu Zunehmender Ersatz für reguläre Beschäftigung

Seit der vollständigen Deregulierung der Leiharbeit nahm die Zahl der Leiharbeitenden mit steigender Tendenz zu. Der krisenbedingte Einbruch der Leiharbeit und der aktuelle rasante Zuwachs waren in der Metall- und Elektroindustrie erheblich stärker als in der Gesamtwirtschaft. Leiharbeitende tragen zu ihrer meist schlechteren Bezahlung auch noch das konjunkturelle Risiko. Deswegen fordert die IG Metall: Es ist höchste Zeit, die Leiharbeit zu begrenzen und fair zu regeln.

Leiharbeit nimmt schwankend zu Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stagniert

2000 bis 2009, Quartale, Index: März 2000 = 100



Leiharbeit im Wandel

2003 deregulierten SPD und Grüne mit Zustimmung von CDU/CSU und FDP die Leiharbeit in Deutschland vollständig. Damit fielen 2004 die letzten Hürden, Leiharbeit als „reguläre“ Beschäftigungsform zu missbrauchen. Mit der Abschaffung der Begrenzung der Überlassungshöchstdauer, des Synchronisationsverbotes (Verbot der Koppelung von Arbeitsvertrag und Leiharbeitseinsatz) und der Wiedereinstellungssperre im Rahmen der angebotsorientierten Hartz-Ideologie veränderten sich die Hauptmotive der Unternehmerseite für den Einsatz von Leiharbeit.

Diente die Leiharbeit vor ihrer Deregulierung überwiegend dem Abfangen von Auftragsspitzen und damit einer flexibleren Personalplanung, rückt nun die Senkung der Entgelt- / Arbeitskosten, das Unterdrücksetzen der Belegschaften und die Aushebelung von Tarifverträgen in den Vordergrund. Das bestreiten nicht einmal die Unternehmer.

Zunahme der Leiharbeit nach Deregulierung

Das Ergebnis dieser Deregulierung zeigt sich in einer tendenziell drastischen Zunahme der Leiharbeiterzahlen annähernd deckungsgleich mit der konjunkturellen Entwicklung. Für die Leiharbeitenden heißt das, sie tragen zur schlechteren Behandlung und Bezahlung auch das volle Risiko konjunktureller Schwankungen. Vor der Deregulierung, also bis 2003, gab es in der deutschen Gesamtwirtschaft gut 300.000 Leiharbeitende im Jahresdurchschnitt. Ab 2004 stieg die Zahl der Leiharbeitenden bis zur Wirtschaftskrise kontinuierlich an. Im Juli 2008 dann der vorläufige Höchststand: 823.101 Leiharbeitende in Deutschland.

Durch Leiharbeit wird reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zunehmend ersetzt. Während es im Dezember 2009 gegenüber März 2000 118 Prozent mehr Leiharbeitende gab, ging die Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 0,5 Prozent zurück.

Mit dem Anziehen der Konjunktur stieg binnen eines Jahres (Juni 2010 gg. Juni 2009) die Zahl der Leiharbeitenden laut Zeitarbeitsindex des „Bundesverbandes Zeitarbeit“ (BZA) um 216.000 von 610.000 auf 826.000, ein Zuwachs um 35 Prozent. Sofern dieser arbeitgebernahe BZA-Umfragewert durch die Statistik bestätigt werden sollte, wäre damit die Zahl der Leiharbeitenden höher als vor der Krise. Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum stagnierte die reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Den bislang höchsten Jahresdurchschnitt gab es mit 733.000 Leiharbeiter im Jahr 2008. Das entsprach einer Leiharbeitsquote von 2,7 Prozent.

Juni 2010: Leiharbeit legt kräftig zu

Leiharbeitende in der Gesamtwirtschaft (in 1.000)



Krisenbedingt ging die Zahl der Leiharbeitenden 2009 gegenüber 2008 um 15,3 Prozent auf 621.000 zurück. Damit verringerte sich die gesamtwirtschaftliche Leiharbeitsquote 2009 auf 2,3 Prozent.

Prognosen der Bundesagentur für Arbeit und des BZA zufolge könnte nach der Krise die Zahl der Leiharbeitenden auf bis zu 2,5 Millionen anwachsen. Das entspräche etwa einer Verdreifachung der Leiharbeitszahlen. Aber nicht nur in Deutschland legt die Leiharbeit rasant zu. Für Osteuropa prognostiziert ein Auftragsforscher des BZA sogar ein Wachstumspotential von 300 bis 700 Prozent. Leiharbeit ist also auf dem Vormarsch, das kann man auch am Anstieg des Anteils der Leiharbeitsstellen an der Zahl der als frei gemeldeten Stellen erkennen und zwar bei Bestand und Zugang:

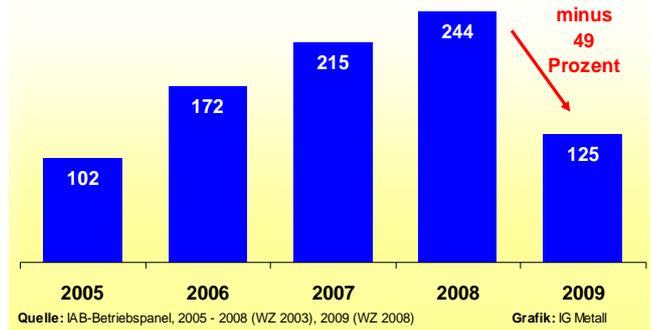
Von Jahresanfang bis Juli 2010 stieg beim Bestand von freien Stellen der Leiharbeitsanteil von 27 auf 33 Prozent. Noch krasser legte im gleichen Zeitraum der Leiharbeitsanteil beim Zugang von freien Stellen zu (27 auf 38 Prozent). Das heißt: im Juli 2010 waren fast vier von zehn neuen Stellen Leiharbeitsstellen. Damit verstärkt sich durch diese Art des Beschäftigungsaufbaus die Leiharbeitsproblematik weiter.

ME-Leiharbeit:

Zunahme nach Krise sehr wahrscheinlich

In der deutschen Metall- und Elektroindustrie gibt es prozentual erheblich mehr Leiharbeit als in der Gesamtwirtschaft. Daher war der konjunkturelle Einbruch bei der Leiharbeit 2009 in den Metall- und Elektrobranchen dreimal so stark wie in der Gesamtwirtschaft.

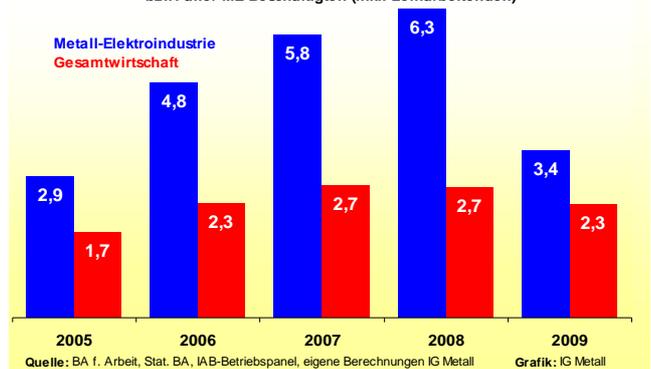
Leiharbeitende in der Metall- und Elektroindustrie
in Tausend



Von 2005 bis 2008 nahm die Leiharbeit in der deutschen Metall- und Elektroindustrie um über 140 Prozent zu, während die Anzahl der ME-Beschäftigten lediglich um sechs Prozent oder 206.000 stieg. Die Leiharbeitenden traf die Krise mit voller Härte. 2009 gab es in der ME-Industrie nur noch gut 125.000 Leiharbeitende, das waren 49 Prozent weniger als 2008.

Leiharbeitsquoten im Vergleich

Anteil der Leiharbeitenden in Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bzw. aller ME-Beschäftigten (inkl. Leiharbeitenden)



Damit verringerte sich die Leiharbeitsquote auch in der Metall- und Elektroindustrie und zwar von 6,3 auf 3,4 Prozent. Ein erneuter Anstieg ist sehr wahrscheinlich. Aktuelle Zahlen für die ME-Industrie gibt es leider nicht.

IG Metall: Jetzt ist die Politik gefordert

Um Leiharbeit wieder auf ihre reine „Pufferfunktion“ zu reduzieren und die Ungleichbehandlung von Beschäftigten zu reduzieren, fordert die IG Metall bereits seit langem von der Bundesregierung:

- **Leiharbeit muss wieder so reguliert werden, dass Leiharbeitende nicht benachteiligt sind**
- **Leiharbeit muss wieder auf ihren eigentlichen Zweck begrenzt werden** (Abarbeitung von Auftragspitzen und nicht als Ersatz für reguläre Beschäftigung)
- **Gesetzliche Festschreibung von gleicher Bezahlung und Behandlung ohne Abweichungsmöglichkeit nach unten** (z.B. durch unternehmerfreundliche Tarifverträge)

Kurzum: Alles ist zu tun, um den zunehmenden Missbrauch der Leiharbeit einzudämmen.